

Jahresbericht des Präsidenten 2009

1. Allgemeines

Das Geschäftsjahr 2009 war nebst den laufenden Geschäften einerseits geprägt vom Verbandsentwicklungsprojekt SPRING sowie vom Abschluss der Konzessionsverträge der Gemeinden mit der CKW. Der Vorstand behandelte an insgesamt 11 Vorstandssitzungen unzählige Geschäfte. Die vier Bereiche erarbeiteten beinahe 30 Vernehmlassungen und Stellungnahmen aus. Der Verband war zudem wiederum in zahlreichen Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenbereichen aktiv.

2. Arbeit in den vier Fachbereichen

Nachfolgend werden die wichtigsten Geschäfte in den vier Bereichen erwähnt. Alle Geschäfte des VLG werden in der Regel einem Fachbereich zugewiesen. Einige wenige Dossiers werden direkt durch den Vorstand zentral geführt.

2.1 Bereich Soziales und Gesundheit (Bereich 1)

Empfehlungen Schularzt/Schulzahnarzt

Nebst den Vorarbeiten im Rahmen der Pflegefinanzierung arbeitete der Bereich auch an einem neuen Konzept zur Finanzierung der Arbeit der Schulzahnpflegeinstruktorinnen in den Gemeinden. Eine entsprechende Regelung konnte gegen Ende Jahr mit dem neu gegründeten Verein Luzerner Schulzahnpflegeinstruktorinnen (VLSPZI) abgeschlossen werden. Im Bereich Schulzahnpflege kam es zudem immer wieder zu Anfragen von Gemeinden.

Pflegefinanzierung wird konkret

Im vergangenen Jahr wurde klar, dass die Pflegefinanzierung erst per Anfang 2011 eingeführt wird. Der Kanton rechnet für die Gemeinden mit erheblichen Mehrkosten. Alle Stellen arbeiteten während des ganzen Jahres mit Hochdruck am Projekt. So konnte die Vernehmlassung noch Ende 2009 gestartet werden. Der VLG war in den Vorarbeiten massgebend eingebunden. Die eigentliche Knochenarbeit für die Vorlage wird in der ersten Hälfte 2010 stattfinden. Ebenfalls wurde das Altersleitbild, welches die Grundlage für die kantonale Pflegeheimplanung bildet, im Rahmen einer Vorvernehmlassung im Bereich diskutiert.

2.2 Bereich Verkehr, Raumordnung, Umwelt (Bereich 2)

Im Vordergrund standen hier der Richtplan und das Gesetz über den öffentlichen Verkehr.

Richtplan nimmt Formen an

Der neue kantonale Richtplan ging 2009 ins Anhörungsverfahren. Eine Vertretung war bereits im Vorfeld in der kantonalen Arbeitsgruppe aktiv. So konnte sich der VLG stets sehr direkt einbringen. Das Werk überstand denn auch die Anhörungsphase ohne Probleme.

Neues Gesetz über den öffentlichen Verkehr

Der Bereich bereitete auch die Stellungnahme zum neuen Gesetz über den öffentlichen Verkehr vor. Dabei gab insbesondere die Frage nach der Grösse des Verbundrates und der VLG-Vertretung zu politischen Diskussionen Anlass. Der VLG stellt im Verbundrat eine Dreier-Vertretung. Das Gesetz wurde im Spätherbst 2009 durch den Kantonsrat genehmigt.

2.3. Finanzen und Volkswirtschaft (Bereich 3)

Der Bereich 3 war in verschiedenen Fragen und Vernehmlassungen aktiv. Aufgrund der Tatsache, dass er auch für Belange der Kantonsorganisation zuständig ist, war der Bereich auch im Jahr 2009 unter Dauerbelastung, denn es fielen hier die meisten Vernehmlassungen an.

Wirkungsbericht Finanzausgleich

Der VLG arbeitete in der Arbeitsgruppe zum zweiten Wirkungsbericht des neuen innerkantonalen Finanzausgleiches mit. Dieser wurde im Jahr 2009 bereinigt, konnte aber im Kantonsrat noch nicht beraten werden. Es geht dabei um die Wirkungsmessung sowie um die Einstellung allfälliger Korrekturen. Der VLG konnte sich im Vorfeld des Berichtes aktiv eingeben.

Vom Projekt Datenlogistik zu E-Government

Das ursprünglich mit „Datenlogistik“ benannte Projekt hat sich in der Zwischenzeit zum Projekt E-Government geändert. Dazu fand im April 2009 eine entsprechende Info-Veranstaltung statt. Der VLG ist beim Projekt in der Projektleitung und Projektsteuerung vertreten. Dabei wurde der Bereich von der Fachgruppe Informatik und Prozesse (FAGI) tatkräftig unterstützt. Es war ein strategischer Entscheid des Vorstandes, im Projekt aktiv dabei zu sein. Wäre der VLG abseits gestanden, würden die Projekte dennoch vorangetrieben und der VLG könnte dann nur noch „Ja und Amen“ sagen und für die Gemeinden ergäben sich trotzdem Kosten. Das Engagement im Projekt E-Government brachte einen beträchtlichen finanziellen Aufwand mit sich, welcher sich in der Jahresrechnung 2009 niederschlägt.

2.4 Bereich Bildung (Bereich 4)

Weiter setzte sich der Bereich u.a. mit folgenden Themen auseinander:

Schulergänzende Betreuungsangebote

Der Bereich nahm Einfluss auf die vom DVS erarbeiteten Richtlinien zu den schulergänzenden Betreuungsangeboten und konnte da und dort eine gemeindefreundliche Lösung erwirken. Die Gemeinden sind bekanntlich verpflichtet, solche Angebote auf Nachfrage hin bereit zu halten. Schliesslich verabschiedete der Vorstand auch eine Empfehlung betreffend Umfang mit privattätigen Logopädinnen und Logopäden, nachdem die Verantwortung dazu vom Kanton im Rahmen der Finanzreform 08 an die Gemeinden übergegangen ist.

Musikschulen

Die Musikschulinitiative wurde nach den entsprechenden Beratungen im Kantonsrat zurückgezogen. Damit wurde der Weg frei für den indirekten Gegenvorschlag, der eine neue Pro Kopf Finanzierung der kommunalen Musikschulen bei Erfüllen gewisser Minimalstandards vorsieht. Der Bereich behandelte die entsprechende Verordnung. Im Weiteren beschäftigte sich der Bereich mit der Weiterentwicklung der Sek I im Rahmen des vom Kantonsrat beratenen Planungsberichtes sowie mit der Vorbereitung der Vernehmlassung zur Änderung des Volksschulbildungsgesetzes (Basisstufe, 2-jähriger Kindergarten, Modelle Sek I, etc.). Der VLG wird dazu eine breite Vernehmlassung mit Info-Veranstaltungen durchführen.

3. Kommunikation

Mit dem elektronischen Newsletter konnten auch im vergangenen Jahr wiederum aktuelle Informationen an die Gemeinden weitergegeben werden. Zudem konnte im Herbst 2009 die erste Gazette des VLG präsentiert werden. Die Gazette, welche in gedruckter Form er-

scheint, hat zum Ziel, einem breiteren Publikum die Arbeit des VLG näher zu bringen. Es ist geplant, dass diese 3-4 pro Jahr erscheint. Die verstärkten Kommunikationsbemühungen stehen in Zusammenhang mit dem Projekt SPRING.

Politkontakte

Wiederum fanden 2009 zwei Gesprächsforen zwischen dem Regierungsrat und einer Delegation des VLG-Vorstands statt. Der VLG schätzt diesen direkten und unkomplizierten Zugang zum Regierungsrat sehr. Schliesslich fand wiederum ein Treffen mit den Fraktionschefs der im Kantonsrat vertretenen Parteien statt. Im Rahmen von Kantonsratsgeschäften kam es zudem zu verschiedenen Kontakten zwischen Bereichsleitenden oder der Geschäftsstelle mit einzelnen Kommissionen

4. Vernehmlassungen

Der VLG wurde im vergangenen Jahr zu insgesamt 29 Stellungnahmen eingeladen. Dabei nahm er zu 27 Geschäften Stellung. Davon handelte es sich bei 13 Stellungnahmen um Untervernehmlassungen zu Händen des Regierungsrates oder um Anhörungen. Trotzdem kam es auch bei den gemeinderelevanten Vernehmlassungen 2009 wieder zu Engpässen, indem einerseits zu kurze Fristen bemessen wurden und andererseits die Vernehmlassungen vielfach vor den Ferien gestartet wurden. Dies verunmöglichte es dem VLG vielfach, seine Vernehmlassungsantworten zeitgerecht den Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

5. Zentrale Tätigkeiten des Vorstandes

Nebst den erwähnten Schwerpunkten engagierte sich der VLG in andern Bereichen:

Projekt „SPRING“ tritt in die entscheidende Phase

Das Verbandsentwicklungsprojekt SPRING trat im Verlaufe des Jahres 2009 in seine entscheidende Phase. Nun ging es wirklich ans Eingemachte, indem die einzelnen Behördenverbände in ihren Vorständen entscheiden mussten, ob sie sich zu Gunsten des neuen Dachverbandes VLG auflösen wollten. Der Sozialvorsteherverband, der Gemeindeammännerverband und der Schulverwalterverband entschieden sich für die Auflösung, welche im Verlaufe des Jahres 2010 stattfinden wird. Gegen Ende Jahr konnten die total revidierten Statuten in die Vernehmlassung gegeben werden. Die Reaktionen auf das Projekt SPRING waren durchwegs positiv. Gleichzeitig konnte ein „letter of intent“ mit dem Regierungsrat im Grundsatz besprochen werden. Dieser sieht vor, dass der VLG in der Regel der einzige Ansprech- und Verhandlungspartner für den Regierungsrat ist. Gleichzeitig unterhalten alle fünf Bereiche des VLG eine ständige Gesprächsdelegation für die jeweiligen Departemente. Die Vereinbarung wird nach der Statutenrevision im Verlaufe des Jahres 2010 vom VLG und vom Regierungsrat unterzeichnet werden. Viel Arbeit gab der geplante Übergang der einzelnen Behördenverbände in die jeweiligen Bereiche des VLG. Im Rahmen des Projektes SPRING III wurden die einzelnen Zusammenschlüsse detailliert vorbereitet. Wiederum wurde der VLG auch im Jahr 2009 im Projekt SPRING kompetent durch die Küste AG mit den Herren Urs Steger und Alexander Gonzalez begleitet.

CKW-Konzessionsvertrag in den meisten Gemeinden genehmigt

Einer eher unendlichen Geschichte glich das Genehmigungsverfahren des CKW-Konzessionsvertrages in den 79 betroffenen CKW-Gemeinden. In einigen Gemeinden erwuchs



dem Geschäft starker Widerstand, welcher insbesondere vom Emmer Komitee IGEL sowie von einzelnen Industrievertretern initiiert wurde. In den meisten Gemeinden konnten die sachlichen Argumente des VLG letztlich überzeugen. Der Verband liess den Konzessionsvertrag extra durch einen externen Gutachter überprüfen. Dieser kam zu einem eindeutigen Schluss; der Vertrag ist absolut rechters und bundesrechtskonform. Bis Ende Jahr genehmigten denn auch insgesamt 67 Gemeinden den Vertrag, während er in 12 Gemeinden zurückgestellt oder abgelehnt wurde. Durch die grosse Diskussion auch in der Öffentlichkeit wurden starke Kräfte des VLG dauerhaft gebunden. Es ging immer wieder darum aufzuzeigen, dass die weit verbreitete Kritik an den hohen Strompreisen nichts mit dem neuen Konzessionsvertrag zu tun hat.

Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung

Mit der Stiftung Wirtschaftsförderung wurde ein enger Kontakt gepflegt. So wurde das durch Bundesgelder unterstützte Projekt „Wohnmonitor“ von der Wirtschaftsförderung mit der Hochschule für Wirtschaft gestartet. Seitens des VLG sind verschiedene Gemeinden darin involviert. Ziel des Projektes ist es herauszufinden, weshalb die Leute in eine Gemeinde kommen und weshalb sie wieder wegziehen. Durch eine systematische Befragung und Auswertung hofft man aussagekräftige Schlussfolgerungen zu finden, welche die Gemeinden wiederum bei ihrer strategischen Planung benutzen können.

6. Personelles

Wechsel des Geschäftsführers

Per 1. November 2009 trat Ludwig Peyer sein Amt als neuer Geschäftsführer des VLG an. Der Willisauer Jurist Ludwig Peyer arbeitete bereits seit 2005 u.a. für die VLG Geschäftsstelle. Er sitzt zudem seit 2006 im Kantonsrat. Sein Vorgänger Guido Graf wurde am 27. September 2009 als Nachfolger von Markus Dürr in den Regierungsrat gewählt.

Demissionen im Vorstand

Im Verlaufe des Jahres 2009 demissionierten verschiedene Vorstandsmitglieder. So gaben Franz Müller (Stadtrat Luzern), Finanzchef Edgar Fischer (Gemeindeammann Büron) sowie Vizepräsidentin Margrit Thalman (Gemeindepräsidentin Schüpfheim) ihren Rücktritt. Alle Demissionen erfolgten auf die GV im Jahr 2010 hin. Dabei hat die Stadt Luzern eine statutarische Sitzgarantie. Sie wird daher ein anderes Stadtratsmitglied vorschlagen.

7. Dank

Ich danke an dieser Stelle allen Vorstandskolleginnen und -kollegen, den Leiterinnen und Leitern der vier Bereiche und Delegationen sowie den unzähligen Gemeindevertreterinnen und -vertretern, welche letztes Jahr in zahlreichen Projekt- und Arbeitsgruppen mitgearbeitet haben. Schliesslich bedanke ich mich bei allen Gemeinden für ihre fristgerechte Begleichung der Jahresbeiträge und für das Interesse, welches sie für die Arbeit des VLG entgegenbringen. Einen grossen Dank widme ich auch dem Team unserer Geschäftsstelle. Es leistete wiederum umfangreiche und hervorragende Arbeit.

Malters, Ende März 2010
Ruedi Amrein, Präsident